

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 34 (1954-1955)
Heft: 4

Rubrik: Stimmen der Weltpresse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

STIMMEN DER WELTPRESSE

Das *Sonntagsblatt* (Hamburg) publizierte in seiner Nr. 14/1954 unter dem Titel *Alternative für Japan: Christentum oder Kommunismus* einen Bericht von Professor *Emil Brunner* über die christliche Universität in Tokio. Angesichts der großen Schwierigkeiten, die sich seit 1945 einer fruchtbaren internationalen Zusammenarbeit entgegenstellen, darf die Gründung der internationalen christlichen Universität in Tokio (ICU) als besonders erfreuliches Werk japanisch-amerikanischer Arbeitsgemeinschaft hervorgehoben werden. Männer der geistigen Führungsschicht Japans hatten die Notwendigkeit der Abkehr von einer einseitig nationalistisch orientierten Erziehung erkannt und waren mit prominenten Vertretern protestantischer Missionen zur Schaffung einer christlichen Universität in Verbindung getreten. Dank einer vom nicht-christlichen Präsidenten der japanischen Nationalbank geleiteten großzügigen Sammelaktion und gestützt auf finanzielle Garantien von amerikanischer Seite konnte die Universität im Frühling 1953 ihre Tore öffnen. Sie unterscheidet sich von den bereits bestehenden christlichen Universitäten in Japan dadurch, daß ihr Lehrkörper nur christliche Dozenten aufweist, während die anderen einen Drittel oder noch weniger Christen zählen. Sie wird ferner grundsätzlich zweisprachig geführt, um den japanischen Studenten mit seiner speziellen Kulturaufgabe bewußt in die internationale Völkerwelt einzubauen. Sowohl in Amerika als auch in Japan hoffen viele, daß diese neue Hochschule einen bestimmenden Einfluß auf die geistige Haltung des Landes ausüben werde. Die Religionen Japans, Shintoismus und Buddhismus, behaupten zahlenmäßig unbedingt das Feld, haben aber, außer bei der Landbevölkerung, an Bedeutung beträchtlich eingebüßt. Professor Brunner sieht deshalb für Japans Zukunft bloß zwei Möglichkeiten: entweder wird sich das Christentum durchsetzen, dem bereits große Beachtung geschenkt wird,

obwohl die christliche Gemeinde bloß etwa 1/2% der Gesamtbevölkerung ausmacht, oder aber das Land wird eine Beute des Kommunismus.

Sehr interessante Angaben über die gegenwärtige Stimmung in Japan enthält auch das an einen Freundeskreis gerichtete Rundschreiben von Professor *Brunner*, über das die in Zürich erscheinende *Evangelische Woche* Nr. 24 nähere Auskunft gibt. Brunner hofft, auch mit der Vorarbeit für eine Art japanisches «Boldern» beginnen zu können. Es ist dankbar zu begrüßen, daß unser Landsmann seine vielseitigen Erfahrungen einer so wichtigen Arbeit zur Verfügung stellt, erfüllt von der «Gewißheit des Auftrags von höchster Stelle».

In diesem Zusammenhang muß noch auf einen Bericht des amerikanischen Kirchenführers *Francis B. Sayre* in *The Christian Century* (Nr. 14, Volume LXXI) hingewiesen werden, der vor kurzem aus Japan zurückgekehrt ist. Er sagte: «Es kann keinen Kompromiß geben zwischen dem russischen Kommunismus und dem Christentum.» Diese Erklärung ist eine Absage an jene Theologen, die zwar tapfer den Nationalsozialismus bekämpften, heute aber die Gefahren des Kommunismus verharmlosen.

In der vom *Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv* herausgegebenen Zeitschrift *Wirtschaftsdienst* vom März 1954 beschäftigt sich der St. Galler Professor Dr. *Emil Küng* in einem interessanten Artikel mit dem *Problem der Armut in den rückständigen Gebieten*. Seitdem Truman in seinem Regierungsprogramm als *Punkt Vier* die Erschließung unentwickelter Gebiete in der Welt (im Englischen: Underdeveloped oder Backward Areas, im Französischen: pays arriérés) gefordert hatte, um der Ausbreitung des Kommunismus durch die Hebung des Lebensstandes der betroffenen Bevölkerung einen Riegel vorzuschieben, die Rohstoffversorgung des Westens zu sichern und neue Absatz-

märkte für die alten Industrieländer zu schaffen, sind mehr als fünf Jahre verstrichen. Auch der den gleichen Zwecken dienende *Colomboplan* des britischen Commonwealth für Süd- und Südost-Asien kann heute auf über vier Jahre seiner Erprobung zurückblicken. Die Zwischenzeit hat gelehrt, mit welchen Schwierigkeiten man in der Praxis einer wirkungsvollen Unterstützung für die notleidenden Zonen zu rechnen hat, und wie fragwürdig die erzielten Erfolge oft sind. Professor Küng untersucht die Ursachen hierfür. — Zunächst hat sich die psychologische Einstellung der Völker in den rückständigen Ländern von Grund auf geändert. Während man dort früher Armut und Hunger als gottgegebene Taten hinnahm, haben heute westliche Ideen in den breiten Massen die Unzufriedenheit mit dem eigenen erbärmlichen Schicksal geweckt. Das benutzen kommunistische Agitatoren, die in ihrer demagogischen Anpreisung der bei Abschaffung des herrschenden Regierungssystems zu erwartenden Seligkeit den nationalen Volksvertretern stets um eine Nasenlänge voraus sind. Es gilt daher für den Westen, den auf demokratischem Wege zustande gekommenen Regierungen bei Bekämpfung der heimischen Armut nach Kräften beizustehen. — Bei einer Analyse der Ursachen für das Elend stößt man alsbald auf den «Bevölkerungsdruck», wie der Autor sich ausdrückt. Die vom Westen geförderte Verbesserung der hygienischen Verhältnisse hat das immer mehr anschwellende Wachstum der Bevölkerungszahl zur Folge. In den betroffenen Ländern herrscht noch das Malthusische Gesetz, das seine Wirkung erst nach mehreren Dekaden einer Industrialisierung zu verlieren beginnt. Immerhin kann als tröstlich empfunden werden, daß sich nach den Erfahrungen junger Industrieländer diese Periode zu verkürzen scheint. Es ist weiter erklärlich, daß bei den obwaltenden Armutszuständen die Sparfähigkeit der Bevölkerung gering und auch sonst die Bildung von Kapital zur Investierung in Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungsgewerbe der unentwickelten Gebiete fast unmöglich ist.

Deshalb muß ausländisches Kapital mobilisiert und die inländische Kapitalakkumulation zwangsweise intensiviert werden. Das letztere läßt sich offenbar ohne eine offene oder verdeckte Inflation nicht bewerkstelligen. Küngs dankenswerte Ausführungen klingen aus in die Mahnung an den Westen, die als notwendiges Übel unvermeidbare «Planwirtschaft» und ebenso etwaige Inflationserscheinungen im Interesse der gewünschten Entwicklung der unerschlossenen Zonen nicht von vornherein zu verdämmen.

Die Novemberausgabe 1953 des *Intelligence Digest* hatte einen ausführlichen Bericht über die Pläne der Organisation *Wollweber* zwecks Sabotage der internationalen Schifffahrt publiziert. In der Juniausgabe (Nr. 187) berichtet nun dieses vorzüglich orientierte Informationsblatt, daß sich der Staatssekretär für Sicherheitsdienst, Ernst Wollweber und seine technisch bestausgebildeten Mitarbeiter auch mit der *Sabotage der Luftfahrt* befassen.

Die in *Warin* (Ostdeutschland) gelegene Sabotageschule bildet jetzt Agenten aus, die sich auf Flugsabotage spezialisieren. Es handelt sich um Leute, die aus Ländern diesseits des Eisernen Vorhanges stammen. Die Ausbildung vollzieht sich allgemein nach den gleichen Grundsätzen wie in den Schifffahrtssabotage-Schulen. Es gibt auch Kurse über Flugtechnik. Diese Kurse umfassen folgende Gebiete: amerikanische Jagdflugzeuge, Bomber, Transportflugzeuge und Ausbildungsmaschinen; die britische Flugzeugindustrie; Flugzeugbau; Düsenmaschinen; die kanadische Flugzeugindustrie; die Radarsysteme der Westmächte; die Stellung der Handelsluftfahrzeuge in der militärischen Planung. — Die Kurse über das amerikanische Flugwesen werden von sowjetischen Staboffizieren der Luftwaffe geleitet, die in Korea gewesen sind. Zu ihnen gehört Oberstleutnant Krisek, der in der Mandchurei bei den MIG Dienst tat. Die kanadische Luftwaffe und die Luftstützpunkte der Westmächte in der Arktis werden von Boris Wasser be-

handelt, der Kanadier sein und in der kanadischen Flugzeugindustrie gearbeitet haben soll. Die Kurse über britisches Flugwesen werden von einem Polen gegeben, der während des zweiten Weltkrieges in der britischen Flugindustrie arbeitete. — In Warin wird nicht geflogen. Die meisten Schüler sind bereits als Piloten oder Bodenmannschaften ausgebildet. Modelle westlicher Ausrüstung stehen zur Verfügung. Das Hauptziel der Kurse in Warin ist der Aufbau eines gutorganisierten kommunistischen Untergrundsystems im Schoße der militärischen und zivilen Flugorganisationen und der Flugzeugindustrien der westlichen Welt. Die Pflichten dieser Untergrundorganisation sind Sabotage und Spionage, wobei der Hauptakzent auf Sabotage liegt. Jeder Kurs dauert ca. drei Monate; es nehmen 120 Schüler daran teil. — Warin scheint das Hauptquartier dieser Untergrundorganisation zu sein. Wollweber leitet sie persönlich. Es besteht Verbindung mit Agenten, die sich bereits in westlichen Ländern befinden. Die Verbindungen werden weitgehend durch diplomatische Leitungen gelegt; die Post wird nach Karlsruhorst abgeliefert. Den Beobachtern des «Intelligence Digest» ist es gelungen, die Ursprungsländer einiger Schüler festzustellen: Großbritannien, Frankreich, die skandinavischen Länder, Italien, Kanada und verschiedene südamerikanische Staaten. Diese Liste ist aber keineswegs erschöpfend. Es ist nicht sicher, wann die Ausbildung im Luftwesen in Warin begann, aber Ende 1953 war sie schon in vollem Gang. Es soll sehr schwierig sein, weitere Einzelheiten in Erfahrung zu bringen, weil die Sicherheitsmaßnahmen in Warin sehr streng sind. — Man glaubt, daß die Organisation Wollweber für verschiedene Sabotagehandlungen in der britischen Kriegsmarine kurz vor der Krönung verantwortlich ist. Der Zweck war hauptsächlich die Prüfung des reibungslosen Funktionierens der Sabotageorganisation. Wahrscheinlich werden in nächster Zeit auf dem Gebiet des Flugwesens ähnliche Versuche unternommen.

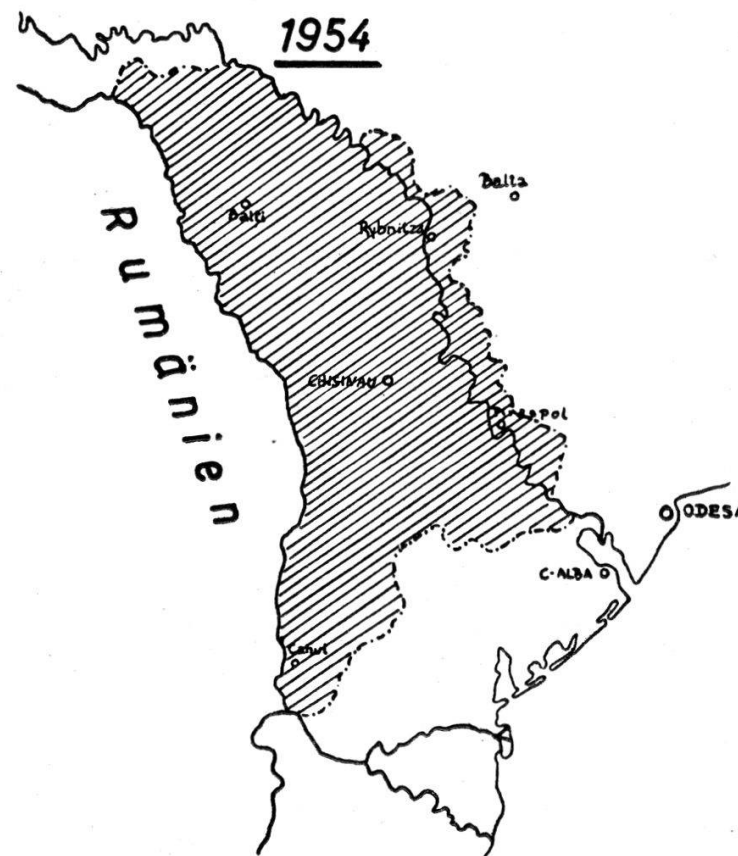
Es ist wünschbar, daß der Verfasser des Artikels «Sorgen um die britische Flotte» in der «Schweizer Illustrierten», Nr. 24, die Ausführungen des «Intelligence Digest» zur Kenntnis nimmt.

Die in Innsbruck-München erscheinende zweisprachige Monatsschrift der rumänischen Emigration *Stindardul* widmet *Bessarabien* eine Sondernummer (März/April 1954) mit hervorragend dokumentierten rumänischen und deutschen Aufsätzen. Diese Schwarzmeer-Provinz an der Donaumündung, bereits 1367 «als rumänischer Volksboden mit dem Fürstentum der Moldau vereinigt», bildet seit 1812 einen Zankapfel zwischen dem rumänischen Mutterstaat und der benachbarten russischen Großmacht mit ihrem Streben nach der bessarabischen Schlüsselposition: Allein während der letzten 36 Jahre wechselte die staatliche Souveränität in Bessarabien fünfmal. — Hatte die Großmachtspolitik des Berliner Kongresses 1878 den Gebietsansprüchen Rußlands auf das rumänische Bessarabien zum zweitenmal im 19. Jahrhundert entsprochen, so beschloß der bessarabische Landesrat (Sfatul Tzarii) — nach jahrzehntelanger Russifizierung — am 27. März 1919 die Wiedervereinigung der 1917 gegründeten, selbständigen «Republik Bessarabien» mit Rumänien (1930: 44 442 km² und 2 863 409 Einwohner). Der 35. Jahrestag freiwilliger Rückgliederung der rumänischen Provinz an das Mutterland im Zeichen nationaler Selbstbestimmung bietet in diesem Jahre dem nationalen Rumänien Anlaß zu stolzem, leidvollen Gedenken. Bekanntlich stellte die UdSSR Rumänien am 28. Juni 1940 ein auf 48 Stunden befristetes Ultimatum mit der Forderung auf Bessarabien. Die Rote Armee besetzte damals schlagartig diese Provinz als wichtigste strategische Ausfall-Stellung gegen Südosteuropa, während gleichzeitig im Nordosten die drei baltischen Staaten auf kaltem Wege in Sowjetrepubliken umgewandelt wurden. Ein Jahr darauf, im Juni 1941, gelang es dem rumänischen Verbündeten Deutschlands, zu Beginn des

Die Westwanderung der Moldauischen SSR (nach Stindardul, März/April 1954)



Die Moldauische Unionsrepublik 1924



Die Moldauische Unionsrepublik 1954

Die «Moldauische Sozialistische Sowjet-Republik» wurde 1924 in der Westukraine als eine der 16 Unionsrepubliken der UdSSR gegründet, mit einer knappen rumänischen Bevölkerungsmehrheit von 28%. 1946 wurde die Moldauische SSR fast vollständig westwärts verlegt. Das neue Territorium dieser Sowjetrepublik in Mittel-Bessarabien umfaßt 33,800 km² und zählt 2,7 Mill. Einwohner (davon 65% moldauische Rumänen). Die rumänische Mehrheitsbevölkerung Süd- und Nord-Bessarabiens dagegen wurde größtenteils deportiert und «in die letzten Winkel der UdSSR gebracht».

Rußlandfeldzuges, Bessarabien binnen weniger Tage zurückzuerobern. 1946 wurde die rumänische Provinz erneut der Sowjetunion einverleibt.

Das Jahr 1954 weckt jedoch auch die Erinnerung an einen sehr bezeichnenden nationalitätenpolitischen Akt der Sowjetmacht vor 30 Jahren: Am 9. November 1924 proklamierte die UdSSR zu Birsula die Errichtung der «Moldauischen Unionsrepublik» der SSR in der Ukraine, hart an der damaligen rumänischen Ostgrenze. Die neugegründete Sowjetrepublik mit rumänischer Bevölkerungsmehrheit sollte «die Wiege Sowjet-Rumäniens» sein. 1946 verlegte die UdSSR dieses nationale autonome Territorium der Moldauischen SSR westwärts, nach Mittel-Bessarabien; aus dem nicht einbezogenen Nord- und Südteil Bessarabiens dagegen wurde die ebenfalls überwiegende rumänisch-moldauische Bevölkerung massenweise deportiert. An Stelle von Tiraspol wurde Kischinjaw die neue Hauptstadt der Unionsrepublik. Die heutige Moldauische SSR grenzt unmittelbar an die *rumänische* Moldau-Provinz. (Siehe nebenstehende Karte!) «Nach einer neuen ‚Arrondierung‘ würde diese Moldauische SSR unmittelbar an die ‚Autonome Ungarische Region‘ in den Ostkarpaten grenzen» — sollte sich das Rumänentum in Zukunft widerspenstig erweisen. — 1814, vor 140 Jahren, entstanden in Bessarabien allmählich 147 schwäbisch-deutsche

Siedlungen, deren wirtschaftlich-kultureller Beitrag zum Aufblühen des Landes unvergessen bleibt. Im Herbst 1940, nach der ersten Besetzung Bessarabiens durch die Rote Armee, wurden die 89 000 deutschen Kolonisten (2,8% der Provinz-Bevölkerung) vorwiegend ins Posener Land umgesiedelt, von wo sie 1945 vertrieben wurden. — «Im Moldauland wird die Hälfte des Weines der gesamten Sowjetunion erzeugt», zitiert der deutschsprachige Aufsatz Gerhard Hardts aus einem sowjetischen Lehrbuch und veranschaulicht durch eine Wirtschaftskarte die Leistung der heutigen Moldauischen SSR (Mittelbessarabiens) für die sowjetische Volkswirtschaft. Zwischen den beiden Weltkriegen schuf Rumänien durch ein neues Eisenbahnnetz und Industrieanlagen in Bessarabien jedenfalls die Voraussetzung der gegenwärtigen Entwicklung der Moldauischen Unionsrepublik.

Bessarabien ist im wechselvollen Geschehen von anderthalb Jahrhunderten das Zünglein an der Waage rumänisch-russischer Beziehungen. Die kaltblütige Annexion des rumänischen Grenzlandes durch Rußland in den Augenblicken außenpolitischer Ohnmacht Rumäniens (1812, 1878, 1940, 1946) läßt die Überschrift des rumänischen Leitartikels (N. Chilianu) gerechtfertigt erscheinen: «Das Schicksal Bessarabiens — das Schicksal Rumäniens.»